

Information – Zeitstrahl mit Jahreszahlen

Das BGB legt **1900** fest, dass die Ehefrau „berechtigt und verpflichtet ist, das gemeinschaftliche Hauswesen zu leiten“. Dem Ehemann wird das Entscheidungsrecht über eine Berufstätigkeit seiner Ehefrau und alle Fragen des Ehe- und Familienlebens zugestanden.

Die erste Welle der Frauenbewegung findet statt. Das Hauptziel der Frauenrechtlerinnen ist das Wahlrecht für Frauen. Außerdem treten sie für bessere Zugänge zum Bildungssystem und das Recht auf Erwerbstätigkeit für Mädchen und Frauen ein.

Frauen dürfen **1919** erstmals an einer Wahl teilnehmen. Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt bei fast 90%.

Frauen arbeiten **1914 – 1918** in körperlich sehr anstrengenden typischen Männerberufen. Sie werden jedoch als Hilfsarbeiterinnen ohne ein Recht auf Fortbildung zur Facharbeiterin mit deutlich weniger Lohn als ihre männlichen Vorgänger angestellt.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland tritt **1949** in Kraft. In Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 der neuen Verfassung steht seitdem kurz und klar: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt." Das Alleinentscheidungsrecht des Ehemanns innerhalb der Ehe wird rechtlich verankert. Somit wird auch geregelt, dass alle beweglichen Teile des Haushaltes - einschließlich des Besitzes, den die Frau in die Ehe mit einbringt - dem Mann gehört. Verheiratete Frauen sind demnach finanziell völlig von ihren Männern abhängig. Eine Trennung oder Scheidung ist kaum möglich. Die Funktion der Frau besteht vor allem in dem Gebären und Aufziehen der Kinder und dem Sichern der Familie. Die eigenen Gefühle und Bedürfnisse stehen im Hintergrund.

Das Lehrerinnen-Zölibat wird **1957** aufgehoben, so dass es auch verheirateten Frauen möglich ist als Lehrerinnen zu arbeiten.

1958 dürfen Frauen ohne Erlaubnis des Ehemannes eine Führerscheinprüfung ablegen.

Das Familienrechtsänderungsgesetz wird **1961** verabschiedet: Es kommt zu einer Verbesserung der Rechtsstellung der Ehefrau, wenn der Mann die Scheidung wegen Zerrüttung verlangt. Gleichzeitig ist der Vater grundsätzlich bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des Kindes (vorher bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres) unterhaltspflichtig. Außerdem wird die elterliche Gewalt für volljährige uneheliche Mütter festgelegt.

1962 dürfen Frauen ohne Erlaubnis des Ehemannes ein Bankkonto eröffnen und gelten als geschäftsfähig.

1962 kommt die Antibabypille auf den Markt.

Ende 60er bis Anfang 70er findet die zweite Welle der Frauenbewegung statt: Die Erwerbstätigkeit von Frauen steigt seit der Nachkriegszeit stark. Die Bildungschancen verbessern sich stetig. Weiterhin verdienen Frauen jedoch deutlich weniger als Männer. Das Allein-bestimmungsrecht in ehelichen Fragen liegt immer noch beim Mann, den Frauen kommt immer noch die Hauptverantwortung für Familie und Haushalt zu.

Die zweite Frauenbewegung ist eng verbunden mit der StudentInnenbewegung und ihrem Protest gegen autoritäre Gesellschaftsstrukturen. Es gründen sich diverse autonome Frauengruppen und Frauennetzwerke, die durch verschiedenste Aktionen auf die Benachteiligung von Frauen und Mädchen aufmerksam machen.

Frauen in der Schweiz sind **1971** wahlberechtigt.

In Berlin eröffnet **1976** das erste „Haus für geschlagene Frauen“. Zum allerersten Mal wird damit in Deutschland ein autonomes Frauenprojekt öffentlich gefördert. Bereits vor der Eröffnung werden die ersten Plätze angefragt, die angebotenen 80 Plätze sind innerhalb weniger Tage belegt. Allein in den ersten drei Monaten suchen 193 Frauen mit 300 Kindern im Frauenhaus Zuflucht.

Das Ehe- und Scheidungsrecht wird **1977** durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts neu geregelt. Das Partnerschaftsprinzip wird eingeführt, so dass es für die Ehe keine gesetzlich vorgeschriebene Aufgabenteilung mehr gibt. Des Weiteren wird das Namensrecht eingeführt: Der Name des Ehemannes wird nicht automatisch gemeinsamer Familienname.

Das Thema (sexualisierte) Gewalt gegen Frauen wird **Ende der 70er Jahre** immer mehr von den Medien und der Öffentlichkeit aufgegriffen. Erste Biografien und Fachliteratur zum Thema erscheinen.

In Berlin gründet sich **1983** die erste Wildwasser-Beratungsstelle aus der Arbeit einer Selbsthilfegruppe von Frauen, die sexualisierte Gewalt erlebt haben. Mit der Vereinsgründung soll dem in speziellen Fachkreisen diskutiertem Mangel an sozialpädagogischen Hilfen für Betroffene und Fachkräfte Rechnung getragen werden.

Der neu gefasste § 177 Strafgesetzbuch tritt **1997** in Kraft. Vergewaltigung in der Ehe ist jetzt strafbar und vergewaltigenden Ehemännern kommen keine Sonderrechte mehr zu. Auch der minderschwere Straftatbestand der „Nötigung“ wird abgeschafft. Des Weiteren setzt der neue § 177 nicht mehr die Gegenwehr des Opfers voraus. Jetzt gilt auch ein sexueller Übergriff als Vergewaltigung, bei dem der Täter „eine Lage“ ausnutzt (wie eine Krankheit, Pflegebedürftigkeit oder Behinderung), „in der das Opfer“ seinem „ungehemmten Einfluss preisgegeben ist“.

Die Bundesregierung richtet **2010** den Runden Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch“ ein und beschließt die Einsetzung einer Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs. Aufgabe der Unabhängigen Beauftragten ist es, zentrale Anlaufstelle für Betroffene zu sein, die Thematik des sexuellen Kindes-

missbrauchs aufzuarbeiten und Empfehlungen für materielle und immaterielle Hilfen für Betroffene aus dem institutionellen und dem familiären Bereich zu erarbeiten.

Frauen verdienen - bei gleicher Arbeit – 22% weniger als Männer: **bis heute!**